

Zukunft der JLU: Historische Koalition bringt Chancen und Fragen!

JLU-Präsidentin Lorenz diskutiert den Koalitionsvertrag von CDU und SPD, der Chancen und Herausforderungen für Hochschulen birgt.



Die Gießener Universitätspräsidentin Prof. Katharina Lorenz hat die erste Sitzung des Senats der Justus-Liebig-Universität (JLU) im Sommersemester genutzt, um den kürzlich verabschiedeten Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD zu kommentieren. Die neue politische Lage bietet Hochschulen Chancen, wirft jedoch auch verschiedene Anliegen auf. Vor allem die Struktur des neuen Ministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt, das von Dorothee Bär (CSU) geleitet wird, hat für Diskussionsstoff gesorgt. Diese Umstrukturierung könnte potenziell weitreichende Konsequenzen für die deutschen Hochschulen haben, besonders in Bezug auf die Finanzierung.

Der Koalitionsvertrag sieht unter anderem eine Anhebung der

DFG-Programmpauschale um 30 Prozent vor und bekräftigt das Bekenntnis zur Universitätsmedizin. Trotz dieser positiven Aspekte äußerte Lorenz Bedenken hinsichtlich der Finanzierung. Sie betonte, dass die Herkunft der geplanten Mittel unklar bleibt, was zu Unsicherheiten unter den Hochschulen führt. Überdies besteht die Sorge, dass im Rahmen der Hochschulpaktverhandlungen im Land Hessen Kürzungen drohen könnten. Konkrete Zahlen hierzu werden erst Ende Juni erwartet, was zu einer erhöhten Nervosität in akademischen Kreisen führt.

Hochschulpakt und Zielvereinbarungen

In ihrer Ansprache kündigte Lorenz an, keine Zielvereinbarung mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst unterzeichnen zu wollen, solange der Hochschulpakt noch nicht unterzeichnet ist. Dies zeigt, wie wichtig die Klärung der finanziellen Rahmenbedingungen für die JLU ist. Im Hintergrund stehen allerdings umfassendere Fragen zur Finanzierung von Hochschulen in Deutschland, die von der **Hochschulrektorenkonferenz (HRK)** immer wieder angesprochen werden.

Demnach stammen fast 90 Prozent der Mittel für Hochschulen von der öffentlichen Hand, wobei etwa 75 Prozent von den Bundesländern und 15 Prozent vom Bund kommen. Die finanziellen Herausforderungen für die Hochschulen sind immense, da die Länder Schwierigkeiten haben, die notwendige Grundfinanzierung aufrechtzuerhalten. Diese Problematik wird durch die Tatsache verstärkt, dass die Nachfrage nach Hochschulstudien kontinuierlich steigt.

Internationale Kooperationen und Studierendenzahlen

Ein weiteres wichtiges Thema für die JLU ist die internationale Zusammenarbeit. Im Kontext der politischen Entwicklungen in

den USA, insbesondere unter der Trump-Administration, wurde über neue Dekrete zur Minderheitenförderung diskutiert. Die JLU pflegt mittlerweile Partnerschaften mit neun US-Universitäten und plant, diese transatlantischen Beziehungen weiter auszubauen. Kürzlich war eine hochrangige Delegation aus Wisconsin, angeführt von Gouverneur Tony Evers, an der JLU zu Gast. Diese Initiativen zeigen, wie sehr internationale Kooperationen für die JLU von Bedeutung sind.

Zusätzlich zur internationalen Dimension steht der Start ins neue Sommersemester kurz bevor. Die vorläufige Studierendenzahl wird auf etwa 23.749 geschätzt, ein Zeichen für die anhaltende Attraktivität der Hochschule. Zu diesem Anlass wurde auch eine neue Zweigbibliothek für Natur- und Lebenswissenschaften eröffnet. Dieses Vorhaben dient nicht nur der Stärkung der Universitätsinfrastruktur, sondern fördert auch die enge Beziehung zwischen der Universität und der Stadt Gießen.

Die Entwicklungen rund um den Koalitionsvertrag und die Herausforderungen in der Hochschulfinanzierung bleiben entscheidende Themen für die JLU und die gesamte Hochschullandschaft in Deutschland. Der Dialog zwischen Hagen und den Universitäten muss klarer und konkreter gefasst werden, besonders in Zeiten, in denen die finanziellen Mittel entscheidend für die Zukunft der Bildung sind.

Details	
Quellen	• www.giessener-anzeiger.de • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de